

Achim Czyllwick
Ratsmitglied für AUF Witten
Steinstr. 23
58452 Witten

01.09.2018

An die Stadtparkasse Witten

**Entschiedener Protest gegen die Kündigung des Kontos der
Internationalistisches Bündnisses**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie auf meine nachfolgende Solidaritätserklärung¹ gegen die Kontokündigung des Internationalistischen Bündnisses durch die Stadtparkasse Witten hinweisen (Anhang).

Diese Kündigung ist nicht nur willkürlich und ohne Substanz, sie hat auch keine Rechtsgrundlage.

Die Unfassbarkeit Ihres Vorgehens besteht darin, dass Sie mit dieser Kündigung Ihre politische Neutralität aufgeben, indem Sie die Einrichtung eines Kontos von einer Ihnen genehmen politischen Gesinnung abhängig machen.

Das ist nicht hinnehmbar - denn wo soll dieser Weg enden? Ausdrücklich unterstütze ich das juristische Vorgehen gegen Ihre Kontokündigung.

Ich bin ab dem 24.09.2018 wieder in Witten und wäre auch zu einem Gespräch über dieses Thema mit Ihnen bereit.

Mit freundlichen Grüßen

¹Die Erklärung wird in meinem Namen auf der Protestkundgebung gegen die Kontenkündigung am 10.09.2018 verlesen, da ich nicht persönlich teilnehmen kann.

Solidaritätserklärung zur Protestkundgebung am 10.09.2018

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

meine Name ist Achim Czyliwick. Ich bin hier in Witten für das überparteiliche Personenwahlbündnis AUF Witten im Rat der Stadt.

Ich möchte hier meine Solidarität mit dem Internationalistischen Bündnis gegen die Kündigung des Kontos durch die Sparkasse Witten erklären. Sie wird verlesen, weil ich aus persönlichen Gründen nicht anwesend sein kann.

Seit 2004 beteiligen wir uns mit einer alternativen, unabhängigen und fortschrittlichen Politik an der Kommunalpolitik in der Stadt.

Zu unserem Markenzeichen gehört, jede Form von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen.

Der faschistischen Ideologie darf kein Boden bereitet werden.

In diesem Sinne bringen wir Menschen unterschiedlicher Nationalität und politischen Richtungen zusammen, fördern wir Bestrebungen für Freiheit und Demokratie weltweit - soweit uns das als lokale Organisation möglich ist.

Angesichts der umfassenden Rechtsentwicklung der Bundesregierung, einer Flüchtlingspolitik, die Menschen in erster, zweiter und dritter Klassen selektiert, haben wir uns entschlossen, mit anderen Bündnissen den Protest gegen diese Rechtsentwicklung zu koordinieren.

Daher unsere Entscheidung zur Zusammenarbeit im Internationalistischen Bündnis.

Die Förderung und Duldung des faschistischen Mobs in Chemnitz, wie dies durch Teile des Staatsapparates erfolgte, haben uns darin bestärkt.

Dass der Präsident des Verfassungsschutzes das Parlament offen belügt, um die Verstrickung in den Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt zu decken, zeigt wie ernst die Lage ist.

Die Förderung und Deckung rechter Umtriebe in den staatlichen Organen werden mehr und mehr sichtbar, wie auch die Zusammensetzung der AfD zeigt.

Das Internationalistische Bündnis greift genau diese Entwicklung an und verteidigt die demokratischen Rechte gegen diese gefährliche Rechtsentwicklung.

Zur Glaubwürdigkeit des Bündnisses gehört auch, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzutreten.

Das gilt ohne Ausnahme und somit auch für das palästinensische und das kurdische Volk, den einzigen Völkern auf diesem Planeten, denen ein eigener Staat bisher verwehrt wird.

Die Unterstützung des Internationalistischen Bündnisses für das palästinensische Volk liegt auf der Linie, dieses Selbstbestimmungsrecht zu verteidigen und einzufordern.

Völkerrechtswidrig ist dagegen die Politik Israels.

Diese betreibt eine von der UN verurteilte Siedlungspolitik auf okkupiertem palästinensischen Gebiet, riegelt den Gaza-Streifen ab und provoziert eine unerträgliche Lage für die dort lebenden Menschen.

Das nicht zu kritisieren, es sogar hinzunehmen, würde jedes Eintreten für Demokratie und Freiheit der Lächerlichkeit Preis geben.

Die Glaubwürdigkeit des Eintretens für Freiheit und Demokratie hängt eben davon ab, dass in Sachen Selbstbestimmungsrecht nicht mit zweierlei Maß gemessen wird.

Die Politik der Regierung Putin zum Beispiel gegenüber der Krim oder der Ukraine muss daher kritisiert werden, aber diese Kritik hat nichts mit russenfeindlich zu tun. Die faschistische Politik der türkischen Regierung von Erdogan und der Bürgerkrieg gegen die Kurden scharf zu kritisieren, hat ebenfalls nichts mit Türkenfeindlichkeit zu tun. Darum hat die unbedingt notwendige Kritik an der israelischen Regierung an der Unterdrückung des palästinensischen Volkers auch nichts mit Judenfeindlichkeit zu tun.

Die Sparkasse Witten ignoriert das, übernimmt - warum auch immer - im blinden Gehorsam sogenannte Argumente von Journalisten, die die Apartheidpolitik des israelischen Staates – jetzt noch mit dem Nationalitätengesetz vertieft – ohne wenn und aber fördern und jede Kritik daran als antisemitisch brandmarken.

Die politische Unterstützung des Kampfes um das Völkerrecht der Palästinenser mit der möglichen Förderung von eventuellen terroristischen Aktivitäten gleichzusetzen, kann nur als vorsätzlich feindselige Unterstellung gedeutet werden.

Das diese Unterstellung dem Anliegen des Bündnisses und von AUF Witten direkt entgegen steht, hätte die Sparkasse, wenn sie es denn gewollt hätte, leicht ermitteln können.

Sie hätten sich auch direkt an den Bündnisrat mit der Bitte um eine Stellungnahme wenden können.

Ohne Anhörung zu urteilen, damit blind den haltlosen Vorwürfen eines einzigen Israel-hörigen Journalisten zu folgen, kann nur auf ein unlauteres Motiv hinweisen.

Der nächste Schritt wäre dann, wie in einer Diktatur, die Einrichtung eines Kontos bei der Sparkasse von der politischen Gesinnung des Antragsstellers abhängig zu machen.

Der Weg, der hier beschritten werden soll, ist äußerst gefährlich, weil er demokratischen Grundrechte aushebelt.

Darum darf die Sparkasse Witten damit nicht durchkommen.

Ich möchte die Sparkasse in aller Deutlichkeit auffordern, gerade im Interesse ihres Ansehens, diese Kündigung zurückzunehmen und zu ihrer politischen Neutralität zurück zu kehren - zumal in unserer Stadt viele Palästinenser leben.

Achim Czylick